Zeitschrift: Schweizerische Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialgeschichte = Société Suisse d'Histoire Economique et Sociale

Herausgeber: Schweizerische Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialgeschichte

Band: 23 (2008)

Artikel: Ladehemmungen : Streiks in der schweizerischen Rüstungsindustrie in den beiden Weltkriegen

Autor: Koller, Christian

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-871837

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 13.08.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Christian Koller

Ladehemmungen

Streiks in der schweizerischen Rüstungsindustrie in den beiden Weltkriegen

Die schweizerische Rüstungsindustrie hatte im Ersten wie im Zweiten Weltkrieg Hochkonjunktur, nahmen doch sowohl die Eidgenossenschaft als auch die Krieg führenden Nachbarstaaten ihre Produktionskapazitäten in Anspruch.[1] Beiden Kriegen gemeinsam ist überdies der Umstand, dass Rüstungsbetriebe sich mit Streiks konfrontiert sahen. Dabei standen sich die Konfliktparteien im Vergleich zu Friedenszeiten mit einem erhöhten Arsenal an Drohmöglichkeiten gegenüber. Die Unternehmerseite konnte wegen der Kriegswichtigkeit ihrer Produktion auf einen starken Rückhalt bei den Behörden zählen und im Fall von vom Militärdienst dispensierten Streikenden die Aussperrungsdrohung mit der sofortigen Einberufung in den Aktivdienst verknüpfen. Die Streikenden auf der anderen Seite wussten um die angespannte Situation auf dem Arbeitsmarkt und versuchten dies zu ihren Gunsten in die Waagschale zu werfen. Dem gesteigerten Drohpotenzial stand eine von der Sorge um den nationalen Zusammenhalt geprägte Öffentlichkeit gegenüber, die das Thema Arbeitskampf möglichst auf kleinem Feuer zu kochen versuchte.

Die folgenden Ausführungen untersuchen komparativ die Streiks bei der Schweizerischen Industrie-Gesellschaft (SIG), Neuhausen, von 1916–1918[2] und den MunitionsarbeiterInnenstreik in der Werkzeugmaschinenfabrik Bührle & Co. in Zürich-Oerlikon von 1940.[3] Nebst den klassischen Fragen nach Streikursachen, Streitpunkten, Verlauf und Erfolg ist insbesondere der Einfluss des Kriegswirtschaftskontextes auf Handlungen und Diskurse der AkteurInnen zu analysieren. Inwiefern wurden die Streiks direkt oder indirekt durch Krieg und Kriegswirtschaft verursacht? Welche Rolle spielten Behörden und öffentliche Meinung? Und hatten die Arbeitskämpfe eine kriegsfeindliche Stossrichtung, wie etwa die Streiks in den Petrograder Putilov-Werken im Oktober 1916 und Februar 1917 oder in deutschen, österreichischen und französischen Rüstungsbetrieben im Frühjahr 1918?[4]

Ich stütze mich dabei sowohl auf die Presse als auch auf die einschlägigen Akten der staatlichen und gewerkschaftlichen Archive sowie auf Erinnerungen einiger

Protagonisten. Im Fall der SIG konnte zudem das Firmenarchiv konsultiert werden. Bei Bührle beziehungsweise Oerlikon Contraves wurde der Zugang zum Firmenarchiv dagegen nicht gewährt.

Streiks bei der SIG, 1916–1918

Der Boom bei der Produktion von Kriegsmaterial und die dadurch hervorgerufene Vergrösserung der Produktionsapparate bewirkten in der Schaffhauser Industrie in den Kriegsjahren einen wachsenden Bedarf an Arbeitskräften. Zwischen 1915 und 1917 stieg die Zahl der Beschäftigten von 8903 auf 10'376 Personen. Der Frauenanteil erhöhte sich dabei von 14% auf knapp 19%.[5] Die Entwicklung des Arbeitskräftebedarfs bei der SIG verlief indessen nicht linear. Während 1914/15 im Waggonbau zeitweise Kurzarbeit eingeführt wurden musste, wurde in einzelnen Abteilungen der Waffenfabrik, die sowohl für die Eidgenossenschaft als auch für Deutschland, Frankreich und Italien produzierte, gleichzeitig «sogar die ganze Nacht gearbeitet»,[6] und die Zahl der Beschäftigten verdoppelte sich dort. Dabei wurde beklagt, dass «die neuen Elemente, die durch die starke Vermehrung der Arbeiterzahl unserer Waffenabteilung hereingebrochen sind […] naturgemäss einen wenig günstigen Einfluss auf unseren Bestand an langjährigen Arbeitern» ausübten.[7] Besondere Probleme verursachten die Einberufungen von Arbeitern in den Aktivdienst.[8] Aufgrund der Kriegswichtigkeit der SIG-Produkte zeigten die Behörden indessen grosses Entgegenkommen bei der Erteilung von Dispensationen.[9] Ob wie in den Rüstungsindustrien der Krieg führenden Staaten[10] vermehrt auch Frauen angestellt wurden, geht aus den Quellen nicht explizit hervor, es scheint dies aber nicht der Fall gewesen zu sein. Insgesamt entwickelte sich die Beschäftigtenstruktur, wie in Tab. 1 dargestellt.

Das SIG-Management verfolgte seit jeher eine paternalistische Politik betrieblicher Sozialleistungen, die es mit einer gewerkschaftsfeindlichen Haltung verband. 1908 monierte der Jahresbericht des Arbeitersekretariats Schaffhausen, man habe die SIG «nicht ohne Grund im Verdacht, dass sie bei Reduktion des Personalbestandes die organisierten Arbeiter in erster Linie entlässt».[11] In Gewerkschaftskreisen war wiederholt von Massregelungen die Rede, so in zwei Fällen im August 1916.[12] Wohl bedingt durch diese Politik der Unternehmensleitung, war in der betrachteten Periode der Organisationsgrad des SIG-Personals eher gering.[13] Innerhalb des SMUV wurde dafür einerseits die «Indifferenz der Massen» verantwortlich gemacht, anderseits der Umstand, «dass in der SIG eine Agitation fast unmöglich sei, infolge der dortigen Betriebsverhältnisse und weil man dort etwas scharf beobachtet werde».[14]

Trotz der starken Teuerung – in der Stadt Schaffhausen betrug der durchschnittliche Preisaufschlag bei Lebensmitteln und Gebrauchsgegenständen zwischen Juli

Tab. 1: *Beschäftigungsstruktur SIG, 1913–1919*

Geschäftsjahr	Arbeiter (∅ n) Waggonfabrik	Arbeiter (∅ n) Waffenfabrik	Angestellte (∅ n)
1913/14	734	346	76
1914/15	633	336	75
1915/16	667	679	95
1916/17	656	785	95
1917/18	598	782	100
1918/19	530	585	103

Quelle: ArSIG, Geschäftsberichte 1913/14–1918/19.

1914 und Dezember 1917 158% – gab es in der Schaffhauser Industrie während des Ersten Weltkriegs keine Lohnkämpfe in grossem Umfang.[15] Lohnforderungen konnten teilweise auf dem Verhandlungsweg durchgesetzt werden, teilweise setzten die Arbeiterorganisationen auf die Vermittlung durch die Behörden. Die SIG richtete ab Herbst 1916 auf Druck der Arbeiterorganisationen Teuerungszulagen aus.[16] In der Folge bedurfte es zunächst stets neuer Eingaben, bis diese Zulagen erhöht wurden, wobei die SIG bei Weitem nicht immer vollumfänglich den gewerkschaftlichen Forderungen entsprach und nach Möglichkeit in Absprache mit den anderen grossen Schaffhauser Unternehmen handelte.[17] Die Teuerungszulagen waren dabei nicht lineare Lohnerhöhungen, sondern nach Zivilstand und Einkommen abgestuft und bekamen dadurch einen provisorischen und fürsorgerischen Charakter.[18]

Die SIG blieb in der zweiten Kriegshälfte gleichwohl nicht von Lohnkonflikten und kleineren Streiks einzelner Berufsgruppen verschont. Im August 1916 wurde an einer Versammlung des SMUV Schaffhausen die Ansicht geäussert, Verbesserungen beim Akkordsystem der SIG seien «nur durch einen Kampf auf dem Platze» möglich.[19] Kurz darauf traten die 30 Kastenschlichter (Arbeiter, die teilweise manuell die Verschlusskasten bearbeiteten) tatsächlich ein erstes Mal in den Ausstand. Aufgrund ihrer zentralen Funktion in der Waffenproduktion verfügten sie über ein erhebliches Gewicht. Zunächst beschränkten sie sich auf «passive Resistenz»,[20] indem sie statt neun bis zehn nur noch vier bis fünf Verschlusskasten pro Tag bearbeiteten, dann hängten sie einen halbtägigen Streik an, worauf die Direktion ihre Forderungen erfüllte und den Stücklohn pro Kasten von 1.25 Fr. auf 1.40 Fr. erhöhte.

Schon im März 1917 streikten die Kastenschlichter nach ergebnislosen Verhandlungen über die Teuerungszulagen erneut, «trotzdem 14 Kollegen die dispensirt sind in den Militärdienst einrücken müssen». Nach vier Tagen erkämpften sie eine Erhöhung des Stücklohns auf 1.70 Fr.[21] Im Sommer 1917 erlangten die Schmiede der Waggonfabrik und die Dreher der Waffenfabrik in Verhandlungen eine durchschnittliche Erhöhung ihrer sogar gemäss dem Verwaltungsratsausschuss «bekanntlich noch sehr niedrigen» Stundenlöhne um 20%.[22] Am 30. August 1917 fand in Schaffhausen eine Teuerungsdemonstration statt, an der 4800 Personen teilnahmen. Im Vorfeld meldeten die Vertrauensleute aus der SIG, auch aus ihrem Betrieb planten viele Kollegen, sich an dieser Manifestation zu beteiligen.[23] Im September und Oktober traten verschiedene Gruppen der SIG-Belegschaft gestaffelt in den Streik und erreichten eine teilweise Erfüllung ihrer Lohnforderungen.[24] Gleichzeitig wurde aber ein Arbeiter entlassen, der wenige Monate zuvor bei einem der Teilstreiks die führende Rolle gespielt hatte, worauf sich SMUV-Zentralsekretär Konrad Ilg einschaltete. Ein Gespräch zwischen Ilg und SIG-Direktor Gotthard End Anfang Januar 1918 endete indessen ergebnislos.[25]

Zur Abdämpfung der zunehmenden Konfrontationshaltung der Arbeiterschaft führte die SIG im letzten Kriegsjahr einige soziale Neuerungen ein. Im Frühjahr 1918 wurde gemäss einem Beschluss des Verbands der Maschinenindustriellen die wöchentliche Arbeitszeit ohne Lohneinbusse von 57 auf 54 Stunden verkürzt.[26] Im September beschloss die Direktion schon vor der Formulierung entsprechender gewerkschaftlicher Forderungen die Gewährung einer Herbstzulage und tätigte ausserdem Masseneinkäufe von Lebensmitteln und Kleidern, um sie günstig an ihre Beschäftigten abzugeben.[27] Vorangegangen war die Intervention eines Verwaltungsratsmitglieds, das mit Hinweis auf die Diskussion der steigenden Preise in der Presse wünschte, «wir möchten von uns aus den Angestellten in einem angemessenen Verhältnis zur verteuerten Lebenshaltung entgegenkommen».[28]

Gleichwohl blieb das Unternehmen nicht vor weiteren Konflikten verschont. Im Mai 1918 forderte die Arbeiterschaft der SIG eine Lohnerhöhung von 5% sowie eine Verdoppelung der Teuerungszulagen, was die Direktion ablehnte. Daraufhin beschloss eine Arbeiterversammlung die Anrufung des neu geschaffenen kantonalen Einigungsamts und betraute das Arbeitersekretariat mit dem Geschäft. Der Anfang Juli gefällte Entscheid des Amts, das eine Lohnerhöhung von insgesamt 5% empfahl, wurde von der SIG akzeptiert.[29]

Die sozialen Unruhen beim Kriegsende tangierten auch die SIG. Ein ohne Zwischenfälle verlaufender allgemeiner Proteststreik am 9. November wurde in Schaffhausen und Neuhausen fast restlos befolgt. Besonders die Metallarbeiter beteiligten sich daran; in den Eisen- und Stahlwerken ruhte die Arbeit völlig.[30] Am 11. November 1918 streikten offenbar nur wenige Arbeiter,[31] aber während des Landesstreiks vom 12.–14. November befolgte die Schaffhauser Arbeiterschaft

grösstenteils die Streikparole. In der SIG wurde die Arbeit vollständig eingestellt, so dass nach dem Streikabbruch der Betrieb aus technischen Gründen erst nach einem halben Tag wieder aufgenommen werden konnte.[32] Zwei Wochen später beschloss die SIG-Leitung einen Beitrag von 3000 Fr. an den «Ehrensold» der im Landesstreik eingesetzten Ordnungstruppen.[33]

Die innerbetriebliche Mikropolitik[34] der SIG war in der zweiten Hälfte des Ersten Weltkriegs also geprägt von Auseinandersetzungen um die Teuerungsproblematik, die wiederholt in Teilstreiks mündeten. Auffällig ist dabei, dass zumeist kein kollektives, mit den Forderungen der Gewerkschaft synchronisiertes Handeln der gesamten SIG-Belegschaft zu erkennen ist, vielmehr nutzten in der Regel einzelne Berufsgruppen ihre zentrale Position im Produktionsprozess und die Austrocknung des Arbeitsmarkts gezielt zur Durchsetzung ihrer Partikularinteressen. Die im Betrieb schwach verankerte Gewerkschaft spielte dabei bestenfalls eine unterstützende Rolle. Erst gegen das Kriegsende hin änderte sich dies vorübergehend.

Die Unternehmensleitung war darum bemüht, die in der Vorkriegszeit praktizierte Herr-im-Haus-Politik weiterzuführen, konnte anderseits auch keine längere Unterbrechung der Produktion riskieren und kam den Arbeiterforderungen zumeist entgegen, 1918 mehrfach sogar präventiv. Es gelang ihr damit, eine Thematisierung der Lohnkonflikte in der Presse, die das allgemeine Problem der Teuerung immer wieder behandelte, zu verhindern. Generell scheute das Unternehmen in den Kriegsjahren die Publizität. Sogar intern wurden die Auslandslieferungen «aus naheliegenden Gründen auch dem eigenen Personal gegenüber mit der grössten Discretion behandelt, und […] auf fingierte Namen verbucht».[35] Als das Unternehmen im September 1918 die nominal höchste Dividende seiner bisherigen Geschichte ausschüttete, verzichtete die Unternehmensleitung im Unterschied zu den vorangegangenen Jahren auf eine Pressemitteilung im Vorfeld der Generalversammlung.[36] Die in der Öffentlichkeit zunehmend aufkommende Ansicht, die Kriegsindustrie bereichere sich auf Kosten der Arbeiterschaft massiv am weltweiten Blutvergiessen,[37] liess die SIG-Leitung in Bezug auf den Geschäftsgang wie auch auf die Beziehungen zur Belegschaft schweigen.

Obwohl es der Unternehmensleitung der SIG gelang, mit Ausnahme eines Ganges vor das Einigungsamt 1918 behördliches Eingreifen in die innerbetrieblichen Konflikte zu verhindern, kam sie im letzten Kriegsjahr doch nicht umhin, sich an Debatten über eine stärker korporatistische Gestaltung der Arbeitsbeziehungen in der Kriegswirtschaft zu beteiligen. Am 8. Oktober 1917 richtete der Schaffhauser Arbeitersekretär eine Eingabe an den Regierungsrat, in der er die starke Teuerung beklagte und zur Stimmung in der Arbeiterschaft meinte, «dass etwas in der Luft liegt, das einem bange machen muss».[38] Er schlug vor, dass jede Fabrik der Metallbranche eine ständige Lohnregulierungskommission, bestehend aus zwei Mitgliedern der Arbeiterschaft und einem Mitglied der Geschäftsleitung, einsetzen solle und dass prinzipielle Fragen

nur von Verband zu Verband gelöst werden sollten, mittels Kommissionen, die aus je drei Mitgliedern der Parteien und einer Amtsperson zusammengesetzt wären. Der Regierungsrat übermittelte der SIG und der Georg Fischer AG Kopien der Eingabe, zur Kenntnisnahme auch der übrigen Industriellen und ohne eine Empfehlung.[39] In der Folge berief der kantonale Gewerbedirektor im Februar 1918 auf Wunsch der Industriellen eine Konferenz mit Vertretern der Industrie ein, an der die SIG mit dem Verwaltungsratsdelegierten und dem Direktor der Waffenfabrik vertreten war. Die versammelten Industriellen sprachen dabei dem Arbeitersekretär die Kompetenz ab, ein objektives Urteil zur Situation abzugeben.[40]
Im Juni 1918 fand eine von der Schaffhauser Sektion der «Neuen Helvetischen Gesellschaft» organisierte Aussprache von etwa 20 Vertretern der Arbeiterschaft, der Industrie, des Gewerbes, der Angestelltenverbände und der Landwirtschaft statt. Daran wies der Vertreter der Aluminium AG und der SIG, Dr. Gerhard Steck, auf «menschliche Gegensätze» hin, denen der «Groll gegen die Grossindustrie» zugrunde liege. Es sei «eine falsche Voraussetzung», dass die Teuerung mit dem Gewinn der Industrie zusammenhänge. Steck betonte, dass die Grossindustrie bedeutende freiwillige Opfer für Bund und Kantone erbringe, doch dürfe die Konkurrenzfähigkeit nicht darunter leiden. Die Gewinne aus dem Exportgeschäft bildeten «Reservestellungen» für den nach dem Weltkrieg drohenden Wirtschaftskrieg. Steck bekräftigte im Übrigen die Bereitschaft der Industriellen, jederzeit mit den Arbeitern zu verhandeln, machte aber Vorbehalte bezüglich deren Repräsentation.[41]

Streik bei Bührle, 1940

Der Ausbruch des Zweiten Weltkriegs führte bei der Werkzeugmaschinenfabrik Bührle & Co. in Zürich-Oerlikon zu einem beträchtlichen Ausbau des Kriegsmaterialgeschäfts, namentlich in den Kerngebieten Waffen und Munition. Der Gesamtumsatz mit Kriegsmaterial steigerte sich von knapp 93 Mio. Fr. 1939/40 auf über 177 Mio. Fr. im folgenden Jahr. Total wurde während des Kriegs Kriegsmaterial in der Höhe von 615 Mio. Fr. ausgeführt, davon zwei Drittel nach Deutschland.[42] Auch der Personalbestand stieg zunächst rasant an. Zwischen Mai 1939 und Juli 1940 wuchs die Zahl der ArbeiterInnen um über 90%; der Frauenanteil erhöhte sich dabei von 18% auf 28%. In der Folge unterlag die Zahl der Beschäftigten starken Schwankungen, wobei sich diejenige der Frauen, die offensichtlich als Konjunkturpuffer dienten, überproportional veränderte. Ein beträchtlicher Anteil der Beschäftigten gehörte also nicht zur Stammbelegschaft und der Grossteil war nicht gewerkschaftlich organisiert.[43] Insgesamt entwickelte sich die Beschäftigtenstruktur, wie in Tab. 2 dargestellt.
Der Boom der Rüstungsproduktion hatte für die Beschäftigten auch Schattenseiten. Nachdem schon am 27. und 30. September 1940 Explosionen in der Munitions-

Tab. 2: *Beschäftigtenstruktur bei Bühre & Co., Mai 1939–Mai 1945*

Datum	Arbeiter	Arbeiterinnen	Wochenlöhner Betrieb	Lehrlinge Betrieb	Angestellte	Wochenlöhner Büro
	(n)	(n)	(n)	(n)	(n)	(n)
8. 5. 1939	1360	300	50	70	270	30
2. 9. 1939	1670	400	70	70	310	50
6. 7. 1940	2270	900	140	100	360	90
3. 8. 1940	2160	670	140	100	380	90
3. 6. 1941	2330	880		120	380	110
3. 5. 1942	1780	390		140	390	180
1. 5. 1943	2060	750		140	410	200
4. 8. 1944	1480	330		140	390	120
5. 5. 1945	1130	150		130	380	120

Quelle: Hug (wie Anm. 1), S. 633.

fabrikation stattgefunden hatten, ereignete sich in der Nacht vom 1. auf den 2. Oktober ein schweres Explosionsunglück, bei dem elf Arbeiter zum Teil erheblich verletzt wurden. Dieses Unglück führte zu einem Arbeitskampf, wie er nach der Ansicht von Unternehmen und Gewerkschaft im Zeichen des 1937 abgeschlossenen «Friedensabkommens» nicht stattfinden hätte dürfen.

Am Morgen des 2. Oktober, unmittelbar nach den Explosionen, marschierten zwei der drei Schichten «in einem demonstrativen Zug»[44] zum Zürcher Volkshaus, um dort eine Versammlung abzuhalten. Diese beschloss mit ungefähr 700 gegen 20 Stimmen die Arbeitsniederlegung. Am 3. Oktober fanden Verhandlungen mit der Direktion statt, die ohne Ergebnis endeten. Tags darauf trat erneut eine Belegschaftsversammlung zusammen, die den Streik beschloss und eine elfköpfige Kommission unter dem Vorsitz des Kommunisten[45] Josef Bühler wählte. Forderungen waren die Verbesserung der Sicherheitsmassnahmen und eine Lohnerhöhung. Dabei wurde ausdrücklich festgehalten, die Arbeitsniederlegung bedeute keinen Bruch des «Friedensabkommens», da die überwiegende Mehrheit der Streikenden nicht gewerkschaftlich organisiert sei.[46]

Die Streikenden setzten ihre Hoffnungen auch auf die Regierung des «Roten Zürich». Am 4. Oktober bat die Verhandlungskommission die Stadtregierung in einem Schrei-

ben, «sich für unsere Sache einzusetzen und, wenn notwendig, die Verhandlungen für uns zu führen».[47] Tatsächlich schaltete sich die Stadtregierung in der Folge in die Verhandlungen ein, konnte aber keine Einigung erzielen.[48] Am 8. Oktober reduzierte eine weitere Belegschaftsversammlung die Lohnforderungen; zwei Tage später fanden erneut ergebnislose Gespräche statt. Dem zwei Wochen dauernden Streik schlossen sich etwa 1700 der 3000 Beschäftigten an. Allen Streikenden wurde am 15. Oktober gekündigt.[49] Schliesslich trat die Firma aber auf die reduzierten Lohnforderungen ein und stellte stufenweise die meisten Entlassenen wieder ein. Am 17./18. Oktober verkündete die Verhandlungskommission das Ende des Konflikts.[50] Die Abmachung, dass keine Massregelungen erfolgen sollten, wurde insofern unterlaufen, als keiner der Streikführer wieder eingestellt wurde.

Die Position der streikenden Frauen war gegenüber ihren männlichen Kollegen eine zurückgesetzte. Wohl ergriffen in den Streikversammlungen auch Frauen das Wort.[51] Die Stellung der Frauen in der Streikorganisation und in den Streikforderungen war indessen spiegelbildlich zu ihrer Position im Betrieb. Die Verhandlungskommission war rein männlich und die Lohnforderungen zielten auf eine proportionale Erhöhung und damit auf die Beibehaltung der Diskrepanz zwischen Männer- und Frauenlöhnen ab. Die streikenden Frauen waren zudem oftmals besonders von Massregelungen gefährdet, da manche mit ebenfalls bei Bührle arbeitenden Männern verheiratet waren. So zog eine Arbeiterin ihre Lohnklage beim Anwalt mit der folgenden Begründung zurück: «Da mein Mann auch in der Werkzeugmaschinenfabrik arbeitet, habe ich mehr davon wenn er die Arbeit behalten kann und ich auf einen grösseren Betrag verzichte.»[52]

Die Streikenden verfügten beim Ausbruch des Konflikts weder über eine Organisation noch scheinen sie einer bestimmten politischen Richtung zugeneigt zu haben. Die Streikforderungen verweisen klar auf die unmittelbare Betroffenheit durch die wiederholten Explosionsunglücke. Das 1977 von Josef Bühler in einem Interview angeführte Streikziel, «die Kriegsproduktion für Hitler zu stoppen, wenn auch nur für ganz kurze Zeit»,[53] lässt sich in den zeitgenössischen Quellen nicht greifen und ist in der Zeit des Hitler-Stalin-Pakts für einen Streik mit kommunistischem Führungspersonal auch unwahrscheinlich. Auch die Erinnerungen des ebenfalls beteiligten Kommunisten Hans Bruggmann zeigen ein anderes Bild. Bruggmann meinte, es «wäre übertrieben, zu sagen, es sei ein Streik gewesen gegen die Kriegsfabrikation».[54]

Wegen der fehlenden organisatorischen Basis suchten die Streikenden die Öffentlichkeit. Wie erwähnt führten sie bereits unmittelbar nach der dritten Explosion einen Demonstrationsmarsch von einigen Kilometern durch. Dabei zeigte sich eine gewisse Asymmetrie der Geschlechter: während die Männer praktisch vollständig an dem Marsch teilnahmen, kam ein Teil der Arbeiterinnen mit öffentlichen Verkehrsmitteln ins Volkshaus.[55] In der Folge spielten die Streikenden propagan-

distisch stark auf den Mann. Die Streikleitung beauftragte mit der Pressearbeit Hans Bruggmann, der 1932 bereits den von den Kommunisten vereinnahmten blutigen Streik der Zürcher Heizungsmonteure propagandistisch begleitet hatte und seit 1935 vollamtlich im illegalen Apparat der Komintern arbeitete.[56] Am 12. Oktober erschien im sozialdemokratischen *Volksrecht* die Einsendung eines Arbeiters, der sich über die Vermögensverhältnisse von Direktor Bührle ausliess; illustriert war dieser Artikel mit einem Faksimile von Bührles Steuerausweis.[57] Ungefähr gleichzeitig brachte die Verhandlungskommission ein Flugblatt mit diesem Faksimile in Umlauf.[58] Am 15. Oktober druckte der *Tages-Anzeiger* unter dem Titel «Die Meinung eines Arbeiters» einen Leserbrief, in dem ebenfalls aus Bührles Steuerdaten zitiert wurde.[59]

Die Direktion versuchte zunächst, den Streik möglichst unsichtbar zu machen. Da nach den Explosionen infolge der Zerstörungen ohnehin nicht voll gearbeitet werden konnte, wurden die ArbeiterInnen der vom Streik am stärksten betroffenen Abteilungen kurzerhand beurlaubt, wobei sie nur einen Bruchteil des normalen Lohnes erhielten.[60] Die Hauptsorge der Direktion war zunächst nicht der Streik, sondern der durch die Unfälle entstandene Imageschaden. Um diesem entgegenzuwirken, wurden wenige Tage nach dem Unglück Pressevertreter zu einer Besichtigung des Fabrikareals eingeladen. Die Direktion vermittelte dabei den Eindruck, «dass die Werkzeugmaschinenfabrik einen Musterbetrieb in bezug auf die Arbeitsbedingungen» darstelle.[61]

Erst die Publikation von Bührles Steuerausweis und die damit verknüpften Vorwürfe der Abzockerei zulasten der Löhne und selbst des Lebens der ArbeiterInnen veranlassten die Direktion, öffentlich zum Arbeitskonflikt Stellung zu nehmen. Ende Oktober schaltete sie in mehreren Zeitungen ein ganzseitiges Inserat mit dem Titel «Grosszügige Arbeitsbeschaffung durch einen Unternehmer», welches die von den Streikenden erhobenen Vorwürfe zurückwies und die volkswirtschaftliche Bedeutung der Firma Bührle betonte. Dabei brüstete sich das Unternehmen offen mit seinen Aufträgen aus dem Ausland.[62] Bereits eine Woche zuvor war in der *Handelszeitung* ein polemischer Artikel erschienen, der in dieselbe Kerbe hieb.[63] Um die Legitimität des Streiks zu unterminieren, liess man gezielt Stimmen aus der Arbeiterschaft zu Wort kommen, die nicht mit den Streikenden einiggingen.[64]

In der Folge verstärkte das Unternehmen auch die Kommunikation nach innen. Anders als andere Firmen verfügte Bührle noch über keine Hauszeitung, führte im Frühjahr 1941 aber eine solche als «Bindeglied zwischen dem Personal, zwischen den einzelnen Abteilungen und zwischen der Firma und ihren Vertretern» ein, da, wie die erste Nummer ausführte, durch das rasche Wachstum «das Bewusstsein der Zusammengehörigkeit» verloren gegangen sei und man vergessen habe, «dass im restlos sich drehenden Getriebe nur das Zusammenwirken und

das Ineinandergreifen aller Räder das Ganze in Bewegung» halte.[65] Die *Werkmitteilungen* brachten in der Folge regelmässig Artikel zur Unfallverhütung und erwähnten im Mai 1941 verklausuliert «schmerzliche Erinnerungen gerade auch an Ereignisse der jüngsten Zeit». Diese hätten «eine verständliche Beunruhigung ausgelöst, aber auch zu eingehenden Untersuchungen durch berufene Fachleute und zu entsprechenden Massnahmen im Betriebe Anlass gegeben».[66] Zum Jahreswechsel 1941/42 meinte das Blatt, das Wachstum des Unternehmens habe die Bildung einer «richtigen Arbeitsgemeinschaft» erschwert, so dass es «manchmal im Gebälk etwas krachte».[67]

Die zuständigen Gewerkschaften standen dem Arbeitskampf ablehnend gegenüber. Eine SMUV-Delegiertenversammlung beschloss, den Streik nicht zu unterstützen, aber auch nichts dagegen zu unternehmen. Gleichwohl liess die SMUV-Führung Artikel gegen den Streik erscheinen, in denen behauptet wurde, in den Belegschaftsversammlungen werde «die Arbeit jener Drahtzieher, die aus den traurigen Unfällen politisches Kapital zu ziehen versuchen, systematisch fortgesetzt».[68] Noch deutlicher wurde Konrad Ilg an einer Zentralvorstandssitzung in seinem Bericht über Versammlungen, die er in Zürich besucht hatte: «Sie bestätigten immer wieder die Konfusion, die in einem grossen Teil der Köpfe herrscht.»[69] Die Gegner des Friedensabkommens bestünden allgemein aus «Unorganisierten, aus Kommunisten und anderen Wirrköpfen»; bedauerlicherweise wollten «die Arbeiter die Kommunisten nicht erkennen. Meistens treten sie getarnt auf und wissen ihre wahren Absichten in verwirrende Floskeln zu kleiden. […] Eine Säuberung muss baldigst erfolgen.»[70] Auch die Gruppe Metallarbeiter des Schweizerischen Verbandes evangelischer Arbeiter und Angestellten (SVEA) kritisierte den Streik.[71]

Hingegen begrüsste die «Metallarbeiter-Opposition», die unter dem Einfluss der Kommunistischen Partei stand, den Arbeitskampf. Nach dem Streikende verbreitete sie ein Flugblatt mit dem Titel *Oerlikon: Signal/Schandfleck und Lehre,* das ein Ende der Arbeitsfriedenspolitik eingeleitet sehen wollte.[72] Die Verhandlungskommission der Streikenden distanzierte sich indessen davon. Die Gewerkschaft der kommunalen Bediensteten der Stadt Zürich (VPOD Städtische) spendete 500 Fr. für die Streikenden.[73]

Auch verschiedene Organisationen am linken Flügel der Sozialdemokratie solidarisierten sich mit den Streikenden. Die Sozialdemokratische Partei Opposition (SPO), in der sich die Gegner der Burgfriedenspolitik sammelten, schrieb an die Streikleitung: «Es liegt uns […] daran, unserer tiefen Empörung Ausdruck zu geben über den Verrat der mit dem Grosskapital verbündeten SMUV-Sekretäre an der Arbeiterschaft […].»[74] Im November meinte die SPO unter dem Titel *Ein Arbeitersieg über Bonzen und Millionäre,* das Explosionsunglück sei allgemein als «Blutopfer» des Kriegs empfunden worden. Die «Herren von der Profitmacherzunft» hätten dabei die «widerliche Fratze des Grosskapitals» offen zur Schau

gestellt, indem sie sich als Arbeitsbeschaffer darstellten, die es den Arbeitern erlaubten, «im Interesse einer Handvoll Millionenschinder Werkzeuge für ihre eigene Hinrichtung und die ihrer unschuldigen Mitmenschen zu fabrizieren!» Die Grosskapitalisten seien dabei nicht nur Profiteure des Kriegs, sie hätten sich sogar «angestrengt, das allgemeine Morden heraufzubeschwören […]. Diese Riesengewinnler müssen zur Rechenschaft gezogen werden, in allen Ländern, nicht nur weil sie uns ausbeuten, als wären wir eine Sklavenherde – auch weil es anders nie gelingen wird, das Verbrechen des Krieges aus der Welt zu verbannen!»[75] Die sozialistische Jugend der Schweiz widmete dem Oerlikoner Streik sogar eine Sondernummer ihrer Zeitung.[76]

Als weiterer Akteur trat der Landesring der Unabhängigen auf den Plan. Diese 1935 von Migros-Gründer Gottlieb Duttweiler geschaffene Organisation war bei den Zürcher Gemeindewahlen von 1938 auf Anhieb die zweitstärkste Kraft hinter den Sozialdemokraten geworden. Im Oerlikoner Arbeitskonflikt sah er angesichts der ablehnenden Haltung des SMUV eine Gelegenheit, sich als Vertreter der Arbeiterinteressen zu profilieren. Sein Organ, *Die Tat,* kritisierte die infolge des Friedensvertrags «ihrer wahren Aufgabe behinderte Gewerkschaftsbürokratie»,[77] welche die Arbeiter im Stich lasse. Der Belegschaftsversammlung vom 8. Oktober legte der Landesring einen Vermittlungsvorschlag vor, und er rechnete es sich als sein Verdienst an, dass die Versammlung die Verhandlungskommission ermächtigte, drei Delegierte in die von der Direktion anerkannte Betriebskommission zu entsenden.[78] Auf finanzielle Unterstützung von Seiten des Landesrings hoffte die Verhandlungskommission allerdings vergebens.

In der Presse wurde verschiedentlich über den Arbeitskampf bei Bührle berichtet, der mit innerer Zerrissenheit und damit auch Schwäche gegen aussen konnotierte Begriff «Streik» fand dabei indessen kaum Verwendung. Stattdessen bezeichnete man die Vorgänge in Oerlikon als «Konflikt» beziehungsweise «Arbeitskonflikt». Diese Sprachregelung benutzten sowohl bürgerliche[79] als auch unabhängige[80] Zeitungen. Die *Neue Zürcher Zeitung* sprach noch eleganter von einer «Störung des Arbeitsverhältnisses, die seit dem jüngsten Unglücksfall zwischen der Werkleitung und einem Teil der Belegschaft eingetreten ist».[81]

Etwas näher beim Begriff «Streik» war der Ausdruck «Ausstand». Er wurde nur von Presseorganen verwendet, die keine organisatorische Bindung zu den Partnern des «Friedensabkommens» aufwiesen, nämlich vom *Tages-Anzeiger*[82] und von der *Tat*.[83] Der *Tages-Anzeiger* etablierte indessen am 7. Oktober eine luzide Differenzierung zwischen «Ausstand» und «Streik»: «Infolgedessen befinden sich rund 1000 Arbeiter und Arbeiterinnen […] im Arbeitsausstand; sie stehen zwar nicht in einem Streik, da auch die Fabrikleitung sie bis zum Abschluss der amtlichen Untersuchung von der Arbeit beurlaubt hat […].»[84] Die *Tat* scheute sich dagegen nicht, explizit von «Streik» und «Streikenden» zu sprechen.[85] Sie fühlte sich aber bezeichnenderweise

genötigt, diesen Sprachgebrauch explizit zu begründen: «Obschon das Wort ‹Streik› nirgends vorkommt, fühlt sich die 1000 Köpfe zählende Belegschaft tatsächlich als im Streik befindlich. Solidaritätsaktionen werden vorbereitet und es stehen Streikposten. Das Werk bemüht sich seinerseits, dem Konflikt den Charakter des Streikes abzusprechen […].»[86]

Die bürgerliche Presse sah das Wirken der Kommunisten am Werk, deren schweizerische Parteiorganisation wenige Wochen darauf verboten wurde. Die *Neue Zürcher Zeitung* sprach von «gewissen Drahtziehern», welche «die Vermittlungsversuche der von der Arbeiterschaft rechtmässig bestellten Verhandlungskommission zu sabotieren versuchten. Was für Mächte dabei am Werke waren, lässt sich nicht genau feststellen; immerhin geht man wohl kaum fehl, wenn man auf kommunistische Agitation schliesst.»[87] Die *Handelszeitung* meinte, der «perfide Rückenschuss» sei das Werk «einiger Rebellen unter der Arbeiterschaft».[88]

Das *Volksrecht* lavierte während des Arbeitskampfes. Wurde das dritte Explosionsunglück noch unter dem martialischen Titel *Nächtliches Schlachtfeld der Arbeit*[89] angezeigt, blieb im Folgenden die Berichterstattung im Vergleich mit unabhängigen Tageszeitungen eher spärlich. Je ein Artikel des SMUV und des Streikkomitees wurden kommentarlos abgedruckt.[90] Erst Ende Dezember nahm ein Artikel über die Verletzten des Explosionsunglücks post festum eindeutig Stellung zugunsten der Streikenden und ihrer bislang nicht wieder eingestellten Anführer, die sich genauso wie die Aktivdienstsoldaten an der Grenze «für ihr gutes Schweizerrecht» gewehrt hätten.[91]

Sowohl vom SMUV als auch von Arbeitgeberkreisen wurde im Kontext des Oerlikoner Konflikts der Arbeitsfrieden als Erfolgsmodell verteidigt. Die *Handelszeitung* sprach von der Verbannung des Streiks aus den schweizerischen Industriebeziehungen als einer «beinahe golden zu nennenden Regel».[92] Der SMUV warnte, ein Streik hätte in der gegenwärtigen Lage «grosse Erschütterungen in der Öffentlichkeit» und «politische und wirtschaftliche Gefahren» zur Folge, die ihn selbst im Fall eines Erfolgs «niemals» rechtfertigen würden.[93]

Hingegen betrachteten die Streiksympathisanten den Oerlikoner Konflikt als Bankrotterklärung des Friedensabkommens und als schwere Niederlage für die SMUV-Spitze. Die SPO schrieb: «Die Methode des Kampfes hat triumphiert über die Methode des Arbeitsfriedens. Durch den Kampf wurde das Grosskapital zum Nachgeben gezwungen. […] Wenn wir alle dieser Verpflichtung nachzukommen streben, dann wird der Oerlikoner-Konflikt als ein Wendepunkt eingehen in die Geschichte der schweizerischen Arbeiterbewegung, als der bescheidene Anfang eines Wiederaufstiegs, der zu grossen und dauerhaften Siegen führen muss.»[94] Auch für die «Metallarbeiter-Opposition» waren der Oerlikoner Streik und die dadurch erreichten Erfolge «von weitreichender Bedeutung»: «Durch ihn ist das durch die reformistischen Bonzen abgeschlossene ‹Friedensabkommen› zerrissen worden,

die Politik der Zusammenarbeit mit den Kapitalisten ist erschüttert und der Beweis ist erbracht worden, dass Kämpfe der Arbeiterschaft Erfolg haben. Oerlikon ist ein Signal.»[95] Die sozialistische Jugend bezeichnete das Verhalten des SMUV in dem Konflikt als «Dolchstoss gegen die Belegschaft»; der Metallarbeiterverband sei «einbalsamiert auf dem Totenbette seines Abkommens und seiner Kassen» und könne deshalb nicht mehr in Anspruch nehmen, eine Organisation zur Erringung sozialer Fortschritte zu sein.[96]

Fazit

Insgesamt lassen sich zwischen den Streiks in der Rüstungsindustrie der beiden Weltkriege verschiedene Parallelen feststellen, es finden sich aber auch erhebliche Unterschiede.

In beiden Fällen waren die Streikursachen (Teuerung, Unfälle) zumindest mittelbar kriegsbedingt, und es gelang den Streikenden, ihre Forderungen teilweise durchzusetzen. Während bei der SIG aber eine zwei Jahre dauernde Serie kleiner Teilstreiks zu konstatieren ist, entlud sich der Konflikt bei Bührle in einem grossen Arbeitskampf. Im Unterschied zu den Aktionen gegen zwei Munitionsfabriken am Zürcher Stauffacherquai, die am 15. November 1917 im Anschluss an eine Versammlung zur Feier der Oktoberrevolution von einer etwa 1000-köpfigen Menschenmenge unter der Führung des «Friedensapostels» Max Daetwyler vorübergehend zur Einstellung der Produktion gezwungen wurden,[97] lassen sich bei den Betriebsunterbrechungen durch Streikende keine pazifistischen Motive feststellen.

Die Streikenden rekrutierten sich bei beiden Betrieben aus einer gewerkschaftlich nur schwach organisierten Belegschaft, der relativ viele Beschäftigte erst seit Kurzem angehörten. Während jedoch bei der SIG vor allem Arbeiter eher qualifizierter Berufsgruppen in den Ausstand traten und ihre zentrale Position im Produktionsprozess ausnutzten, waren es bei Bührle auch und gerade weniger qualifizierte Kräfte, darunter viele Frauen, die nur dank ihrer grossen Zahl das Unternehmen zum Einlenken zu bewegen vermochten.

Die Unternehmensleitungen versuchten in beiden Fällen die Publizität der Arbeitskonflikte zu vermeiden, was aber nur im Fall der SIG gelang. Bei Bührle verfolgten die Streikenden von Anfang an eine Strategie der Öffentlichkeit, welche die Unternehmensleitung zu entsprechenden Reaktionen zwang. Gemeinsam war den beiden Fällen der Umstand, dass die Unternehmensleitungen nach einer zumindest partiellen Bewilligung der Streikforderungen post festum einerseits die «Drahtzieher» massregelten und anderseits gewisse Neuerungen im Sinn einer stärkeren Pflege der «human relations» einführten.

In beiden Fällen entspannen sich im engeren oder weiteren Kontext der Arbeitskämpfe

grundsätzliche Diskussionen über die Gestaltung der industriellen Arbeitsbeziehungen. Diese wurden zwar von verschiedenen Seiten kritisiert, es kam aber weder in Schaffhausen noch in Zürich zu einem Abrücken von den aus den Vorkriegszeiten übernommenen Systemen, innerhalb deren Logik sich auch das Verhalten von Gewerkschaften und Behörden bewegte.

Anmerkungen

1 Vgl. für den Zweiten Weltkrieg: Hug Peter, *Schweizerische Rüstungsindustrie und Kriegsmaterialhandel zur Zeit des Nationalsozialismus. Unternehmensstrategien – Marktentwicklung – politische Überwachung,* Zürich 2002. Für den Ersten Weltkrieg ist eine entsprechende Darstellung ein Desiderat. Zu den beiden hier analysierten Betrieben auch: Haefliger Markus, Tanner Jakob, «Bührle, SIG und Mowag. Drei Unternehmensportraits», in: *Waffenplatz Schweiz. Beiträge zur schweizerischen Rüstungsindustrie und Waffenausfuhr,* Bern 1983, S. 53–70.

2 Vgl. auch Koller Christian, «Kriegs- oder Friedensgewinnler? Die Schweizerische Industrie-Gesellschaft Neuhausen in den Jahren 1910 bis 1925», in: Rossfeld Roman, Straumann Tobias (Hg.), *Schweizer Unternehmen im Ersten Weltkrieg,* Zürich 2008.

3 Vgl. auch Schiller Jürg, *Die Institutionalisierung der Konfliktbeziehungen und die Rationalisierung der Produktion. Eine Untersuchung am Beispiel der Maschinen- und Metallindustrie (1919–1939),* Lizentiatsarbeit, Zürich 1984, S. 71 f.; *Die Bührle Saga. Festschrift zum 75-jährigen Jubiläum einer weltberühmten Waffenschmiede mit einem Zwischenwort an die Haupterbin,* Zürich 1981, S. 49–55; Koller Christian, «‹Als Arbeiter im Betrieb wehrten sie sich für ihr gutes Schweizerrecht› – Der wilde Streik in der Munitionsfabrikation von Bührle & Co. von 1940», in: *Rote Revue* 83/1 (2005), S. 40–43.

4 Vgl. Koenker Diane P., Rosenberg William G., *Strikes and Revolution in Russia, 1917,* Princeton 1989; Krumeich Gerd, «Januarstreiks», in: Ders. et al. (Hg.), *Enzyklopädie Erster Weltkrieg,* Paderborn 2003, S. 591–593; Bieber Hans-Joachim, *Gewerkschaften in Krieg und Revolution. Arbeiterbewegung, Industrie, Staat und Militär in Deutschland 1914–1920,* Bd. 1, Hamburg 1981, S. 441–471; Plaschka Richard Georg et al., *Innere Front. Militärassistenz, Widerstand und Umsturz in der Donaumonarchie 1918,* Bd. 1, Wien 1974, S. 59–90; Deutsch Julius, *Geschichte der österreichischen Gewerkschaftsbewegung,* Bd. 2, Wien 1932, S. 45–51; Robert Jean-Louis, «The Parisian Strikes (August 1914–July 1919)», in: Haimson Leopold, Sapelli Giulio (Hg.), *Strikes, Social Conflict and the First Wold War. An International Perspective,* Mailand 1992, S. 29–44, hier 41 f.

5 Meyer Emil, *Jahresbericht des Arbeitersekretariats Schaffhausen pro 1917,* o. O., o. J., S. 1.

6 Archiv SIG (ArSIG), Protokoll über die Verwaltungsratssitzungen (VRP), 10. 2. 1915; *Neue Zürcher Zeitung,* 5. 11. 1914.

7 ArSIG, Geschäftsbericht 1915/16.

8 Vgl. ArSIG, VRP, 10. 2. 1915.

9 Scheitlin Otto, «Im Dienste der Landesverteidigung», in: *Schweizerische Industrie-Gesellschaft Neuhausen am Rheinfall,* Neuhausen 1953, S. 201–240, hier 222.

10 Vgl. Woollacott Angela, *On Her Their Lives Depend. Munition Workers in the Great War,* Berkeley 1994; Daniel Ute, *Arbeiterfrauen in der Kriegsgesellschaft. Beruf, Familie und Politik im Ersten Weltkrieg,* Göttingen 1989, S. 36–50; Daniel Ute, «Frauen», in: Hirschfeld, Gerhard et al. (Hg.), *Enzyklopädie Erster Weltkrieg,* Paderborn 2003, S. 116–134.

11 *Jahres-Bericht des Arbeiter-Sekretariates und der Arbeiter-Union Schaffhausen für das Jahr 1908,* Neuhausen 1909, S. 8.

12 Schweizerisches Sozialarchiv (SSA), 07-0424, SMUV Sektion Schaffhausen: Protokoll (Versammlungen), 19. 8. 1916–20. 10. 1922, 19. 8. 1916.

13 Vgl. *Metallarbeiter-Zeitung,* 8. 2. 1919; *Gewerkschafter,* 14. 7. 1922; Bringolf Walter, *Mein Leben. Weg und Umweg eines Schweizer Sozialdemokraten,* Zürich 1965, S. 115.

14 SSA, 07-0424, SMUV Sektion Schaffhausen. PV, 19. 8. 1916–20. 10. 1922, 19. 2. 1922, 25. 4. 1922.
15 Rohr Thomas, *Schaffhausen und der Landesstreik von 1918,* Schaffhausen 1972, S. 30.
16 SSA, 07-0424, SMUV Sektion Schaffhausen. PV, 19. 8. 1916–20. 10. 1922, 19. 8. 1916 und 30. 9. 1916; ArSIG, VRP, 6. 9. 1916.
17 SSA, 07-0424, SMUV Sektion Schaffhausen. PV, 19. 8. 1916–20. 10. 1922, 5. 3. 1917, 12. 4. 1917, 25. 5. 1918; ArSIG, Protokolle über die Sitzungen des Ausschusses des Verwaltungsrates (VRAP) II, 28. 2. 1917.
18 Vgl. z. B. ArSIG, VRAP III, 19. 7. 1917, 9. 3. 1918.
19 SSA, 07-0424, SMUV Sektion Schaffhausen. PV, 19. 8. 1916–20. 10. 1922, 19. 8. 1916.
20 Ebd.
21 SSA, 07-0424, SMUV Sektion Schaffhausen. PV, 19. 8. 1916–20. 10. 1922, 2. 4. 1917, 12. 4. 1917, 12. 7. 1917.
22 ArSIG, VRAP II, 3. 7. 1917.
23 SSA, 07-0424, SMUV Sektion Schaffhausen. PV, 19. 8. 1916–20. 10. 1922, 24. 8. 1917; Rohr (wie Anm. 15), S. 33 f.; Gewerkschaftsbund Schaffhausen (Hg.), *Von der Arbeiter-Union zum Kantonalen Gewerkschaftsbund oder Eine Zukunft für die Vergangenheit,* Schaffhausen 1989, S. 25.
24 ArSIG, VRAP III, 4. 9. 1917, 16. 10. 1917; VRP, 7. 9. 1917, 29. 9. 1917; SIG Geschäftsbericht 1917/18; SSA, 07-0424, SMUV Sektion Schaffhausen. PV, 19. 8. 1916–20. 10. 1922, 11. 10. 1917, 25. 10. 1917.
25 ArSIG, VRAP III, 17. 1. 1918.
26 Ebd., 9. 3. 1918.
27 Ebd., 12. 9. 1918; SSA, 07-0424, SMUV Sektion Schaffhausen. PV, 19. 8. 1916–20. 10. 1922, 14. 9. 1918.
28 ArSIG, VRP, 7. 9. 1918.
29 Ebd., 1. 6. 1918; VRAP III, 9. 7. 1918; SSA, 07-0424, SMUV Sektion Schaffhausen. PV, 19. 8. 1916–20. 10. 1922, 31. 7. 1918.
30 Rohr (wie Anm. 15), S. 59.
31 Der ASM sprach von 5–10% der Arbeiterschaft. Vgl. Arbeitgeberverband Schweizerischer Maschinen- und Metall-Industrieller, *13. Jahresbericht des Ausschusses und des Vorstandes an die Mitglieder pro 1918,* Zürich 1919, S. 62.
32 *Tage-Blatt für den Kanton Schaffhausen,* 16. 11. 1918.
33 ArSIG, VRAP IV, 29. 11. 1918.
34 Vgl. zu diesem Konzept: Welskopp Thomas, Lauschke Karl (Hg.), *Mikropolitik im Unternehmen. Arbeitsbeziehungen und Machtstrukturen in industriellen Grossbetrieben des 20. Jahrhunderts,* Essen 1994; Welskopp Thomas, «Der Betrieb als soziales Handlungsfeld. Neuere Forschungsansätze in der Industrie- und Arbeitergeschichte», in: *Geschichte und Gesellschaft* 22 (1996), S. 118–142.
35 ArSIG, VRP, 17. 9. 1915.
36 ArSIG, VRAP IV, 12. 9. 1918.
37 Vgl. z. B. Arbeitersekretariat Schaffhausen, *Jahresbericht pro 1916,* o. O., o. J., S. 3.
38 Staatsarchiv Schaffhausen (StASH), Akten des Regierungsrates 1917, 17b/2.
39 StASH, Regierungsratsprotokoll 1917, S. 705, 727 f.
40 StASH, Regierungsratsprotokoll 1918, S. 28 f., 111 f., 175–177.
41 Zit. Rohr (wie Anm. 15), S. 51.
42 Heller, Daniel, *Zwischen Unternehmertum, Politik und Überleben. Emil G. Bührle und die Werkzeugmaschinenfabrik Oerlikon, Bührle & Co. 1924 bis 1945,* Frauenfeld 2002, S. 173 f.
43 Vgl. *Tat,* 5./6. 10. 1940.
44 *Tages-Anzeiger,* 3. 10. 1940.
45 Vgl. SSA, Ar 198.8.1, Biographie Hans Bruggmann.
46 *Tat,* 5./6. 10. 1940.
47 SSA, Ar 201.44, Verhandlungskommission an Stadtrat Zürich, 4. 10. 1940. Vgl. auch ebd., Verhandlungskommission an Stadtpräsident E. Klöti, 8. 10. 1940 und 10. 10. 1940.

48 Stadtarchiv Zürich, V.B.a.13: 71, Protokoll des Stadtrates Zürich 1940, S. 544; SSA, Ar 201.44, Stadtpräsident Klöti an Werkzeugmaschinenfabrik Oerlikon, 9. 10. 1940.
49 Vgl. z. B. SSA, Ar, 201.44 Werkzeugmaschinenfabrik Oerlikon Bührle & Co. an Josef Bühler, 15. 10. 1940.
50 *Volksrecht,* 17. 10. 1940; *Tages-Anzeiger,* 17. 10. 1940; *Tat,* 18. 10. 1940.
51 Vgl. *Volksrecht,* 3. 10. 1940.
52 SSA, Ar 201.44, Berta Schuler an Dr. Schmuziger, 17. 12. 1940.
53 SSA, Ar 201.44, [Leitess Lucien,] Notizen aus dem ersten Gespräch mit S.[epp] B.[ühler] [1978], S. 3.
54 SSA, Ar 198.8.1, Streik im Krieg. Munitionsarbeiterstreik bei Bührle, 1939 [sic]. Interview mit Hans Bruggmann.
55 Vgl. *Volksrecht,* 3. 10. 1940.
56 SSA, Ar 198.8.1, Streik im Krieg. Munitionsarbeiterstreik bei Bührle, 1939 [sic]. Interview mit Hans Bruggmann. Zum Streik der Heizungsmonteure vgl.: Wandeler Josef, *Der Monteuren-Streik und die Zürcher «Blutnacht» (1932),* Lizentiatsarbeit, Zürich 1975; Wandeler Josef, *Die KPS und die Wirtschaftskämpfe 1930–1933,* Zürich 1978, S. 98–164; Lindig Steffen, *«Der Entscheid fällt an den Urnen». Sozialdemokratie und Arbeiter im Roten Zürich 1928 bis 1938,* Zürich 1979, S. 139–203; Huber Peter, *Kommunisten und Sozialdemokraten in der Schweiz 1918–1935. Der Streit um die Einheitsfront in der Zürcher und Basler Arbeiterschaft,* Zürich 1986, S. 299–302; Wyler Rebekka, *«Ein Chefmonteur streikt doch nicht wie ein gewöhnlicher Prolet». Der Streik der Zürcher Heizungsmonteure im Sommer 1932 als Arbeitskampf einer gespaltenen Gruppe von Arbeitern,* Lizentiatsarbeit, Zürich 2005.
57 *Volksrecht,* 12. 10. 1940.
58 SSA, Ar 201.44, Flugblatt der Verhandlungskommission.
59 *Tages-Anzeiger,* 15. 10. 1940.
60 Vgl. *Tat,* 7. 10. 1940.
61 *Echo vom Zürichberg,* 10. 10. 1940. Vgl. auch *Tagblatt,* 10. 10. 1940.
62 *Tagblatt,* 23. 10. 1940; *Tages-Anzeiger,* 24. 10. 1940.
63 *Handelszeitung,* 17. 10. 1940.
64 Vgl. *Werkzeitung der schweizerischen Industrie,* November 1940.
65 *Werkmitteilungen Werkzeugmaschinenfabrik Oerlikon Bührle & Co.,* März 1941.
66 Ebd., Mai 1941.
67 Ebd., Januar 1942.
68 *Volksrecht,* 7. 10. 1940; *Metallarbeiter-Zeitung,* 12. 10. 1940.
69 SSA, 01-0018, SMUV Protokoll Zentralvorstand, 1888–1945, 4. 12. 1940.
70 SSA, 01-0010, SMUV Protokoll Erweiterter Zentralvorstand, November 1938–Juni 1941, 20./21. 12. 1940.
71 *Echo vom Zürichberg,* 10. 10. 1940.
72 SSA, Ar 201.44, Flugblatt der «Metallarbeiter-Opposition».
73 SSA, Ar 201.44, Sozialdemokratische Partei Opposition (SPO) an Verhandlungskommission, 16. 10. 1940.
74 SSA, Ar 201.44, Sozialdemokratische Partei Opposition (SPO) an das Komitee und die Arbeiter des Laboratoriums der WZM Oerlikon, 10. 10. 1940.
75 SSA, 07-0090, SMUV Zürich: Kommunistische Metallarbeiterorganisation 1921–1941, Sozialdemokratische Partei Opposition (SPO), November 1940 (Abschrift).
76 *Feuer,* Oktober 1940.
77 *Tat,* 5./6. 10. 1940.
78 *Tat,* 10. 10. 1940.
79 *Neue Zürcher Zeitung,* 9. 10. 1940; *Handelszeitung,* 17. 10. 1940.
80 *Tages-Anzeiger,* 11. 10. 1940, 12. 10. 1940, 15. 10. 1940, 17. 10. 1940; *Tat,* 7. 10. 1940.
81 *Neue Zürcher Zeitung,* 9. 10. 1940.
82 *Tages-Anzeiger,* 3. 10. 1940, 7. 10. 1940.
83 *Tat,* 7. 10. 1940.

84 *Tages-Anzeiger,* 7. 10. 1940.
85 *Tat,* 4. 10. 1940, 5./6. 10. 1940.
86 *Tat,* 7. 10. 1940.
87 *Neue Zürcher Zeitung,* 17. 10. 1940.
88 *Handelszeitung,* 17. 10. 1940.
89 *Volksrecht,* 3. 10. 1940.
90 *Volksrecht,* 7. 10. 1940, 12. 10. 1940.
91 *Volksrecht,* 23. 12. 1940.
92 *Handelszeitung,* 17. 10. 1940.
93 *Metallarbeiter-Zeitung,* 26. 10. 1940.
94 SSA, 07-0090, SMUV Zürich: Kommunistische Metallarbeiterorganisation 1921–1941, Sozialdemokratische Partei Opposition (SPO), November 1940 (Abschrift).
95 SSA, Ar 201.44, Flugblatt der «Metallarbeiter-Opposition».
96 *Feuer,* Oktober 1940.
97 Vgl. zu dieser Aktion sowie den sich daran anschliessenden blutigen «Novemberkrawallen»: Schweizerisches Bundesarchiv, E 21: 9844–9863, Unruhen in Zürich am 15.–17. 11. 1917; *Volksrecht,* 19. 11. 1917; Brunner Alfred, *Bericht an den Regierungsrat des Kantons Zürich über die Strafuntersuchung wegen Aufruhrs in Zürich im November 1917,* Zürich 1919; Turnherr Bruno, *Der Ordnungseinsatz der Armee anlässlich der Zürcher Unruhen im November 1917,* Bern 1978; Mattmüller Markus, *Leonhard Ragaz und der religiöse Sozialismus. Eine Biographie,* Bd. 2., Zürich 1968, S. 350–375; Petersen Andreas, *Radikale Jugend. Die sozialistische Jugendbewegung der Schweiz 1900–1930. Radikalisierungsanalyse und Generationentheorie,* Zürich 2001, S. 431–433; Brassel Ruedi, Chiquet Simone, «Friedensapostel und Boulevardprophet. Ein Leben mit der weissen Fahne», in: Schweizerisches Bundesarchiv (Hg.), *Max Daetwyler. Friedensapostel, Apôtre de la paix, 1886–1976,* Bern 1996, S. 25–51, hier 34 f.; Frei Annette, *Die Welt ist mein Haus. Das Leben der Anny Klawa-Morf,* Zürich 1991, S. 94–98; Messerli Alfred (Hg.), *Flausen im Kopf. Schweizer Autobiographien aus drei Jahrhunderten,* Zürich 1984, S. 282–284.